

Mieterverband übt harsche Kritik

Gericht heisst Rekurs der «Zürich» gut

valentin kressler

Nach der Niederlage vor dem Appellationsgericht setzt der Mieterverband beim Kampf für die «Zürich»-Häuser jetzt auf die Politik.

Der Konflikt um die «Zürich»-Häuser neben dem Messeturm respektive das Neubauprojekt der «Zürich»-Versicherung ist auch viereinhalb Jahre nach der Volksabstimmung noch lange nicht vom Tisch: Wie der **Mieterverband** gestern an einem Pressegespräch publik machte, hat das Appellationsgericht einen Rekurs der «Zürich» gegen einen Grossratsbeschluss gutgeheissen und damit eine Einsprache eines Anwohners gegen den Bebauungsplan abgewiesen.

Trotz der Niederlage vor Gericht will die Mieterverbands-Spitze um Patrizia Bernasconi und Beat Leuthardt den Kampf für die «Zürich»-Häuser nicht aufgeben: «Wir sind immer noch der Meinung, dass die Häuser durch das Volk geschützt wurden», sagt Leuthardt. Die Bevölkerung hatte sich im September 2002 gegen die Zonenänderungen ausgesprochen. Regierung und «Zürich» vertraten aber die Auffassung, dass der **Mieterverband** den falschen Grossratsbeschluss angefochten habe. Seither tobt ein selbst für Juristen nur schwer durchschaubarer Rechtsstreit.

«Das Appellationsgericht hätte genauso gut anders entscheiden können», sagt Leuthardt. «Das Gericht hat eine konservative, formaljuristische Lösung gewählt, die die Handschrift von Marie-Louise Stamm trägt.» Stamm ist Richterin der LDP. Am Gerichtsentscheid mitgewirkt haben aber auch zwei Richter der SP und einer der FDP.

Klarer Entscheid. Aus taktischen und finanziellen Gründen verzichtet der **Mieterverband** auf einen Weiterzug des Urteils ans Bundesgericht. Bei seinem Kampf für die «Zürich»-Häuser will der Verband jetzt voll auf die Politik setzen. Konkret: auf eine Motion von SP-Grossrat Beat Jans. Der Vorstoss, der vom rot-grün dominierten Parlament bereits zweimal klar an die Regierung überwiesen wurde, fordert eine neue Vorlage, um die Häuser zu retten. «Auch der Grosse Rat hat bei diesem Geschäft Fehler gemacht und möchte diese nun korrigieren», sagt Jans. Für den Erhalt der «Zürich»-Häuser spreche, dass die Liegenschaften ausgemietet seien und es in Basel schon genug Büros gebe.

Falls der politische Weg nicht zum gewünschten Erfolg führe, tönt Leuthardt bereits eine weitere Möglichkeit an, um das Neubauprojekt zu verhindern: Dann werde man eine weitere, zurzeit sistierte Einsprache gegen das generelle Baubegehren wieder aufleben lassen. «Solche Verfahren sind zäh und langwierig!»